

## 8 Schlussfolgerung

An welchem Punkt soll die wissenschaftliche Arbeit beginnen, um sich den Entwicklungen und Ereignissen einer bestimmten Periode am besten annähern zu können? Mit jenen Geschichten vielleicht, die viele Kulturen und Völker über sich selbst erzählen und schreiben? Oder sind es doch die Chroniken, die andere über sie verfassen? Bei der Erforschung und Darstellung vergangener Epochen, egal wie lange diese auch zurückliegen mögen, sollte den Wissenschaftlern klar sein, dass sie diejenigen sind, die die Vorgänge und Persönlichkeiten auswählen, die ihrer Meinung nach die Vergangenheit konstituieren, und dass sie entscheiden, was die Rezipienten darüber erfahren (Howell & Prevenier 2004, 5). Der vorliegenden Studie ergeht es nicht anders: Sie konzentriert sich anhand der Theorien der Nationenbildung- und der Konsensdemokratie auf die irakische Neuordnung und die kurdische Selbstverwaltung zwischen den Jahren 2003 und 2018. Innerhalb der Arbeit liegt ein besonderer Fokus auf den kurdischen Fraktionen, die nicht nur seit Ende des Jahres 1991 die Kontrolle über die von ihnen besiedelten Gebiete des Irak ausüben, sondern als Verbündete der Amerikaner eine grosse Rolle bei der Entstehung der irakischen Verfassung von 2005 und der irakischen Neuordnung ab 2003 gespielt haben. In der vorliegenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit kommen allerdings nicht nur Vertreter aller bedeutenden kurdischen Strömungen im Irak zu Wort, sondern es werden auch die Zeitungen der herrschenden kurdischen Parteien und der privaten Medienlandschaft analysiert, um eine möglichst präzise Aussage über die Entwicklung der Kurdenfrage in der Autonomen Region Kurdistan (ARK) und im Irak zu treffen.

Die Studie stützt sich im Bereich der Nationenbildung auf das Konzept von Jochen Hippler. Es besagt, dass es für eine erfolgreiche Nationenbildung zum einen eine *«integrative Ideologie»* in Form verschiedener Spielarten des *«Nationalismus»* zugunsten der Entstehung einer gruppenübergreifenden Identität und zum anderen die *«Integration einer Gesellschaft»* für die Herausbildung einer nationalen Gesamtheit aus zuvor losen Gruppierungen braucht. Ausserdem ist ein funktionsfähiger und sein Staatsgebiet tatsächlich kontrollierender Staatsapparat unumgänglich (vergleiche dazu Abschnitt 2.2). Arend Lijphart erlangte Bekanntheit unter Politikwissenschaftlern insbesondere durch seine Typologie der Mehrheits- und Kon-

sensdemokratie. Entsprechend bildet seine Idee die zweite theoretische Grundlage dieser Arbeit. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Demokratieformen liegt laut Lijphart in der Partizipationsform: Während das Mehrheitsmodell eher exklusiv, kompetitiv und kontradiktorisch ist, charakterisieren Inklusion, Verhandlung und Kompromisse das Konsensmodell (vergleiche dazu Abschnitt 2.1). Der amerikanische Versuch einer Demokratisierung des Zweistromlandes nach 2003 und die Wahl einer Regierungsform, die alle irakischen Gruppierungen an der Macht teilhaben lässt, leiten sich demnach vom Ansatz der Konsensdemokratie ab.

Im Falle des modernen Irak werden insbesondere zwei Zeitspannen beleuchtet, die das Land geprägt haben: die britische Invasion im Jahr 1914 und die darauffolgende Gründung des ‚Haschemitischen Königreichs Irak‘ im Jahr 1921 sowie die Invasion der internationalen Truppen unter der Führung der USA und der Sturz des irakischen Regimes im Jahr 2003. Mit Blick auf den erstgenannten Zeitraum sind sich Historikerinnen und Historiker mehrheitlich einig, dass die britische Entscheidung ‚von oben‘ diktiert wurde und aus einer heterogenen Gesellschaft einen einheitlichen Staat aufzubauen versuchte. Dass hierbei die Macht an die sunnitisch-arabische Minderheit übertragen wurde, ist heute das schwere politische Erbe des Irak. Hinsichtlich der letztgenannten Periode werden die Amerikaner ob ihrer Strategielosigkeit kritisiert, die in der Nachkriegsära die Auflösung der irakischen Armee und die Teilung der Macht entlang eines ethno-konfessionellen Proporztes mit sich brachte. Für den Zeitraum zwischen 1914 und 1958 zeigt der vorliegende Text auf, dass es im Staatsgebiet des Irak kaum Alternativen zu einem einheitlichen Staat gab, weil weder die Sunniten noch die Schiiten noch die kurdischen Gruppierungen eine einheitliche politische Linie verfolgten. Eine Teilung des Irak in drei Staatsgebilde war dementsprechend unwahrscheinlich. In den Jahren 1958 bis 2003 wurde der Irak militärisch verwaltet und alle demokratischen Bemühungen wurden im Keim erstickt. Ferner gewannen die arabischen Sunniten im 20. Jahrhundert die Oberhand, weil die Benachteiligung der schiitischen Glaubensrichtung im Irak weit in die Geschichte zurückreicht und nicht erst mit der britischen Präsenz im Irak begann. Die Kurden wiederum schafften es zwischen 1918 und 2002 nicht, ihre Zerstrittenheit und ihre unterschiedlichen politischen Anschauungen, die bereits im Jahr 1918 augenfällig waren, beizulegen. So blieb der Irak des 20. Jahrhunderts aufgrund von sozioökonomischen Faktoren, den Strukturen der irakischen Gesellschaften und den Spannungen zwischen verschiedenen irakischen und kurdischen Fraktionen ein Staat ohne Nation.

Das sollte sich mit dem US-amerikanischen Experiment im Irak ab dem Jahr 2003 ändern. Aus den heterogenen irakischen Gesellschaftsschichten sollte sich eine Willensnation herausbilden. Nicht das britische Modell des Zentralismus, sondern ein dezentraler Staat nach US-amerikanischem oder schweizerischem Vorbild sollte im Irak des 21. Jahrhunderts entstehen. So gab die Übergangsverwaltung der Koalition, die ab April 2003 den Irak regierte, bereits im Juli 2003 Teile ihrer Kompetenzen an den 25-köpfigen ‹irakischen Regierungsrat› ab. Dieser bestand aus den Vertretern der wichtigsten irakischen Gruppierungen. Die Entscheidung der provisorischen US-Verwaltung, die irakische Armee aufzulösen und die Baathisten aus allen bedeutenden Ämtern zu entfernen, führte allerdings dazu, dass grosse Teile der sunnitisch-arabischen Bevölkerung ihre Existenzgrundlage verloren und sich in der Folge vom neuen irakischen Staat abwandten. Dass jedoch der ‹Regierungsrat› aus Mitgliedern der verschiedenen irakischen Volksgruppen und religiösen Richtungen bestand, kann nicht als Fehler der US-Amerikaner angesehen werden, hatten doch die vorangegangenen acht Dekaden der sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak eine nachhaltige Nationenbildung verhindert. Das hatte zur Folge, dass die Loyalität weiterhin primär der Familie, dem Stamm, der Region, der Anschauung – ob religiös oder säkular – und der Sprache bzw. Ethnie galt.

Was den irakischen Parteien im Jahr 2005 trotz chaotischer Zustände und dank US-amerikanischer Unterstützung gelang, ist die Verabschiedung jener irakischen Verfassung, die mittlerweile von den meisten politischen Parteien und Gruppierungen sowohl im Irak als auch in der ARK als eine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit im Irak bezeichnet wird – auch wenn sie, wie in Abschnitt 4.3 aufgezeigt wurde, gewisse Mängel aufweist. Zur Entstehung der Verfassung trugen vor allem die kurdischen Parteien DPK und PUK als Verbündete der USA bei. Sie zielten jedoch in erster Linie auf die verfassungsrechtliche Anerkennung ihrer Region als dezentrale Verwaltungseinheit und die Möglichkeit der Autonomie für andere irakische Gebiete ab. Nach Vorstellung der kurdischen Kräfte sollte im Irak eine Konsensdemokratie der Regionen entstehen. Diese Idee wurde allerdings von Beginn an von den meisten Mitgliedern des Verfassungskomitees abgelehnt. Aus diesem Grund sieht die Verfassung in Artikel 119 vor, dass die Provinzen mit einigen administrativen und finanziellen Rechten selbstständig bleiben können und sich keiner Region anschliessen müssen. Diese Ausnahme, die Eigenschaften der einzelnen Provinzen und die politischen Entwicklungen führten dazu, dass bis heute keine weiteren Regionen im Irak gegründet werden konnten. Entsprechend wurde auch der Irak

nicht föderalisiert, weil ihm die zwei wichtigsten Säulen des Föderalismus fehlen, nämlich das Zweikammersystem und die Dezentralisierung.

Dass für heterogene Gesellschaften ein Föderalismus mit Dezentralisierung und Zweikammersystem unabdingbar ist, wurde in Kapitel 7 anhand der Analyse der erfolgreichen Entstehungsgeschichte der Schweizer Eidgenossenschaft im Jahr 1848 aufgezeigt: Einer 23-köpfigen, ausschliesslich aus liberalen Kreisen gebildeten Bundesrevisionskommission gelang es, innerhalb von fünf Monaten nach dem Bürgerkrieg von 1847 einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der im Bereich des Föderalismus bis heute gilt. Die Mitglieder dieser Kommission sollten als eigentliche Helden der Schweizer Geschichte bezeichnet werden, nicht jene drei Männer, die mit einer über 24 Tonnen schweren Statue im Mittelpunkt der Kuppelhalle des Bundeshauses in Bern gefeiert werden. Die dennoch bestehenden Schwächen der schweizerischen Verfassung von 1848 wurden in Kapitel 7 ebenfalls diskutiert. Die irakische Art der Staatsführung kann im Vergleich dazu bestenfalls als eine ‚Halbkonsensdemokratie‘ bezeichnet werden. Sie weist zwar einige Elemente des Konsenses auf, wie ein Multiparteiensystem, ein unabhängiges Bundesgericht, eine unabhängige Nationalbank sowie Verfassungsrigidität und Verfassungsgerichtsbarkeit, ist aber vor allem aufgrund des Fehlens einer zweiten Kammer eine Mehrheitsdemokratie. Die schiitischen Gruppierungen stellen die Mehrheit im Parlament und können somit alles durchsetzen, was sie wollen – was in der Vergangenheit bereits verhängnisvolle Folgen für den Irak hatte. So eskalierte die Lage beispielsweise nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak Ende des Jahres 2011 nicht nur in den sunnitischen Gebieten, sondern es kam auch zu einer Zuspitzung der Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten der ARK, Masud Barzani, und dem irakischen Premierminister, Nuri al-Maliki.

Der proiranische und zentralistische Kurs des Bagdader Regierungschefs führte im Jahr 2012 insbesondere zum Aufstand von Teilen der sunnitischen Bevölkerung in der Provinz al-Anbar. Eine harte Gangart der Regierung gegen sunnitische Demonstranten, die Verweigerung der Kooperation der ARK hinsichtlich der Frage nach der Ressourcenteilung und die Budgetstreitigkeiten zwischen Bagdad und Erbil verursachten schliesslich zunehmende antischiitische Ressentiments und ein Machtvakuum. Dies nutzten die Anhänger des sogenannten Islamischen Staates (IS) gekonnt aus, um im Sommer 2014 die meisten sunnitischen Gebiete im Irak zu erobern. Drei Jahre später wurde der IS zwar territorial besiegt, jedoch blieb eine stark militarisierte irakische Gesellschaft zurück, die noch immer geschwächt und zerstritten ist. Die kurdischen Peschmerga-Einheiten der

DPK und der PUK, welche mangels eigener militärischer Einheiten die Truppen der ARK stellen, konnten im Kampf gegen den IS von ihrem Bündnis mit der Anti-IS-Koalition profitieren und wurden mit Waffen sowie finanziellen Mitteln unterstützt. Die Kurdenfrage wiederum war damit auf der internationalen Bühne so präsent wie lange nicht mehr. Das nutzte Masud Barzani aus und gab bereits im Jahr 2014 bekannt, dass die Kurden selbst über ihr Schicksal entscheiden würden.

Das Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom irakischen Staat kam am 25. September 2017 zustande. Dabei entschieden sich mehr als 92 Prozent der Stimmberechtigten dafür, dass sich die ARK vom Irak unabhängig machen solle. Dass das Volksbegehren auf innerkurdischer, innerirakischer, regionaler und internationaler Ebene umstritten war, zeigten die Ereignisse nach dem Referendum. Es kooperierten nicht nur Bagdad, Ankara und Teheran, um dem Machtanspruch von Masud Barzani Grenzen zu setzen, sondern auch ein Teil der PUK mit der irakischen Regierung. Ein kritischer Punkt war vor allem die Kontrolle über die ölfreiche Stadt Kirkuk und andere «umstrittene Gebiete». Jene Problematik führte nicht nur zu einer Anspannung der politischen Lage im Irak, sondern vor allem auch in der ARK. Die überzogenen Forderungen Barzanis nach einer Sezession der kurdischen Gebiete vom Irak waren nicht nur gegen die Interessen der irakischen politischen Elite, sondern auch gegen die kurdischen oppositionellen Gruppierungen in der ARK gerichtet. Diese bestanden ab 2015 darauf, dass Barzani seinen Posten als Präsident der ARK aufgeben sollte. Barzani war im Jahr 2005 vom kurdischen Parlament in diese Position gewählt worden. Nach einer Direktwahl durch die Stimmberechtigten in der ARK im Jahr 2009 sollte er seinen Posten gemäss dem geltenden Gesetz im Jahr 2013 räumen, sah doch das Gesetz über die Präsidentschaft der ARK vom Jahr 2005 nur zwei mögliche Amtszeiten von jeweils vier Jahren vor. Zum Unmut der meisten kurdischen Parteien in der ARK war Barzani jedoch im Jahr 2017 noch immer im Amt.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen DPK und PUK nach dem letzten Krieg, der von 1994 bis 1998 dauerte und die Teilung der ARK in zwei Einflusszonen zur Folge hatte, begann im Jahr 2004 mit der Unterzeichnung eines strategischen Abkommens zwischen den beiden Parteien. Die Vereinbarung sah vor, dass DPK und PUK, die in der ARK alles kontrollierten, bei den künftigen Wahlen im Irak und in der ARK mit einer gemeinsamen Liste auftreten und die wichtigsten Posten im Irak und in der ARK unter sich aufteilen würden (vergleiche dazu Kapitel 5). Entsprechend wurde Jalal Talabani im Jahr 2005 Präsident des Irak, während Barzani den

Posten des Präsidenten der ARK übernahm. Das Abkommen war allerdings aufgrund der Flügelpolitik der PUK, des zunehmenden Machtanspruchs der DPK und der Unzufriedenheit der kurdischen Bevölkerung mit der Verwaltung der ARK keine adäquate Grundlage für eine vernünftige und nachhaltige Regierungsführung. Mit dem Aufkommen der Opposition im Jahr 2009 und den kontinuierlichen Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya gegen die dort vorherrschende Korruption, Vetternwirtschaft und mangelhafte Stromversorgung begannen sich die politische Lage in der ARK und die Beziehungen zwischen der DPK und der Opposition sowie Teilen der PUK zu verschlechtern. Zu einer Eskalation der Situation in der ARK kam es, als die DPK 2015 gegen die Sitzung des Parlaments für eine Revision des Gesetzes vom Jahr 2005 über die Präsidentschaft der ARK vorging und die Arbeit der Volksvertretung für zwei Jahre sistierte. Die vermehrte Kooperation des Talabani-Clans mit der irakischen Regierung, die ab dem Jahr 2017 begann und die Schwächung der Position der DPK sowie die Stärkung der PUK zum Ziel hatte, führte schliesslich dazu, dass sich die ARK mehr oder weniger an derselben Stelle wiederfand, an der sie im Jahr 1992 begonnen hatte.

Entsprechend schafften es weder die irakischen noch die kurdischen Fraktionen im 21. Jahrhundert, den Nationenbildungsprozess voranzutreiben und die Loyalität verschiedener irakischer und kurdischer Gruppierungen für den Staat Irak bzw. für die ARK zu gewinnen. Hauptgrund ist, dass der Irak und die ARK noch immer von tribalen Strukturen, Rivalitäten und einander entgegenstehenden politischen und religiösen Gesinnungen geprägt sind. Doch ist im Irak mittlerweile dank des verfassungsrechtlichen Rahmens immerhin eine <defekte Demokratie> entstanden, die regelmässige, hinreichend allgemeine, freie und faire sowie effektive Wahlen ermöglicht. Die ARK hat hingegen aufgrund der Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen politischen Gruppierungen trotz mehrerer Versuche bis heute keine Verfassung. Auch die abgehaltenen Wahlen hatten keinen positiven Einfluss auf die politischen Entwicklungen in der ARK. Die Verfügungsgewalt über die militärischen Verbände und die Macht liegen in den Händen der DPK und der PUK. Aus diesem Grund werden nun Stimmen sowohl in der ARK als auch im Irak laut, die nicht nur eine Stärkung der demokratischen Bemühungen des Irak, sondern auch die Durchsetzung von Dezentralität und die Einführung einer zweiten Kammer fordern.

Wie in Kapitel 7 gezeigt wurde, stellt die irakische Verfassung von 2005 keine nachhaltige Lösung für die Heterogenitätsfrage im Irak dar, weil ihr die Grundelemente des Föderalismus fehlen. Für den Irak ist es essenziell,

in den beiden Fragen der Inklusion aller Teile der Gesellschaft und der Herausbildung einer nationalen Identität erfolgreich und zukunftsfähig zu werden. Das Land hat zwischen 2003 und 2018 Hürden auf dem Weg zur Demokratie überwunden, es aber nicht geschafft, ein Staat für alle zu werden. So gibt es immer noch grosse Defizite im Bereich der Demokratisierung, das Fehlen einer föderalistischen Basis wiegt aber schwerer. Die Geschichte der Schweiz verdeutlicht, dass demokratische Defizite im Laufe der Zeit behoben werden können, wenn die Kernelemente des Föderalismus in einer heterogenen Gesellschaft vorhanden sind. Wenn der Irak es schafft, von einer <halben> zu einer föderalistischen Konsensdemokratie überzugehen, hat er die Chance, zukunftsfähig zu werden. Nicht ein Föderalismus der Regionen, sondern der Provinzen wäre das Ziel, weil diese seit mehreren Dekaden bestehen und die Loyalität der eigenen Einwohner geniessen. Das zeigt auch das Beispiel der ARK, wo die Provinz Sulaimaniya unter der Kontrolle der PUK kaum von ihrer Eigenständigkeit abgerückt ist und vermehrt damit droht, eine selbstständige Verwaltung aufzubauen.

Ferner haben die Erfahrungen der sunnitischen Araber mit der Schreckensherrschaft des IS, jene der schiitischen Zivilbevölkerung mit den vielen Milizen und korrupten Politikern und jene der kurdischen Bevölkerung mit der schlechten Verwaltung der DPK und der PUK gezeigt, dass die Teilung des Irak in drei Staaten auch im 21. Jahrhundert keine gute Option wäre. Entsprechend ist eine föderalistische Konsensdemokratie, die den Provinzen, Gemeinden und Kommunen eine weitgehende Selbstverwaltung überlässt, die bessere Lösung für den Irak. Im Falle der ARK könnten dadurch auch erhebliche finanzielle Mittel eingespart werden, die in die Verwaltung der Region fliessen, ohne dass die Regierung oder das Parlament als Entscheidungsträger fungieren würden. Durch die dezentralen Provinzen könnten die Verantwortlichkeiten besser festgelegt werden. Heute investiert beispielsweise die Provinz Sulaimaniya kaum in die Infrastruktur, weil ihrer Meinung nach ihr Anteil am kurdischen Budget in Erbil stecken bleibt. Der Aufbau einer zweiten Kammer für die Vertreter der Provinzen, die wie in der Schweiz – unabhängig von der Grösse oder der Bevölkerungszahl – je zwei Sitze erhalten sollten, würde auch den politischen Austausch zwischen den irakischen Gebieten fördern. Die Stärkung eines möglichen irakischen Föderalismus scheint jedoch ohne Investitionen in das Vertrauen der Menschen und die Infrastruktur des Landes unwahrscheinlich.

Weiter ist der Aufbau einer nationalen Armee, die aus den militärpflichtigen Bürgern der einzelnen Provinzen besteht, ein zentraler Aspekt. Jede

Provinz sollte eine Division beherbergen und der Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte von beiden Kammern gewählt werden. Heute gibt es weder im Irak noch in der ARK eine Militärpflicht, weshalb die Militärangehörigen mehrheitlich aus der Unterschicht kommen und nur aus finanziellen Gründen Waffen tragen. Alle Milizgruppen, die einer Partei angehören oder nahestehen, sollten aufgelöst werden. Die Rolle der Bundespolizei muss auf die polizeilichen Einsätze begrenzt werden, damit sie nicht, wie es zurzeit der Fall ist, an militärischen Operationen teilnimmt und mit der Armee konkurriert. Das gilt auch für die Anti-Terror-Einheiten, die selbstständig agieren und grosse Macht besitzen. Sie müssten der Armeeführung unterstellt werden.

Eine föderalistische Staatsform besitzt auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene grosse Durchsetzungskraft, weil sie nicht auf konfessionelle und ethnische Elemente setzt, sondern auf den Erhalt und die Förderung der Lebensräume der Menschen in den jeweiligen Provinzen. Sie würde zudem, wie auch von den Interviewpartnern bestätigt, eine zielführende Lösung für die Kurdenfrage in der Türkei, in Syrien und in Iran darstellen, wenn diese Länder bereit wären, den Kurden mehr Rechte und Selbstverwaltung einzuräumen. Wenn allerdings langfristig keine nachhaltige Lösung für die innerirakischen Spannungen gefunden wird, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass es erneut zu einer Eskalation der Lage nicht nur in den sunnitisch-arabischen Gebieten, sondern auch im Süden des Irak oder in den kurdischen Gebieten kommt. Das Beispiel des IS zeigt, dass insbesondere die sozioökonomischen Faktoren und die demografischen Entwicklungen eine grosse Gefahr für die Stabilität des Irak darstellen. Der gemäss der <Youth-Bulge>-Theorie konstatierte Überhang an jungen Menschen im Irak repräsentiert eine weitere Problematik. Da diese Bevölkerungsgruppe Bedürfnisse nach Land, Arbeit, höherer Ausbildung und anderen Arten von gesellschaftlichen Ressourcen hat, kann ihre Nichtbeachtung zu sozialer Instabilität führen und in Ländern, in denen es ethnische Konflikte gibt, für eine Verschärfung der Lage sorgen. Weil der Irak nicht nur einen Jugendüberschuss, sondern infolge des Klimawandels auch vermehrt einen Mangel an Wasser und Lebensraum aufweist, ist die Situation dort besonders prekär. Kommen noch ein Machtvakuum oder Ressentiments gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe dazu, dann nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass radikale oder neuartige Akteure auftreten und Fuss fassen. Dass solche Kräfte durchaus in der Lage sind, wie ein souveräner Staat zu agieren, hat der IS deutlich gemacht. Er stellte in seinen Kontrollgebieten nicht nur Dienstleistungen zur Verfügung, sondern sorgte



auch für die innere Sicherheit und die Entstehung staatlicher Strukturen (vergleiche dazu Abschnitt 4.6).

Die vorliegende Studie hat die Entwicklungen im Irak und in der ARK mehrheitlich aus einer kurdischen Perspektive dargelegt und ist nur punktuell auf die Positionen anderer Gruppierungen im Irak eingegangen. Der Verfasser der Arbeit hat, wie zu Beginn erwähnt, jene Vorgänge und Persönlichkeiten ausgewählt, die seiner Meinung nach für die vergangenen Jahrzehnte im Irak konstitutiv waren. Entsprechend ist es für zukünftige Untersuchungen ein Forschungsdesiderat, der irakischen Neuordnung vom Standpunkt der verschiedenen nichtkurdischen Fraktionen und Akteure im Irak aus nachzugehen. Ausserdem würde es einen grossen Mehrwert für die vergleichende Konfliktforschung bedeuten, wenn die Rolle der irakischen Provinzen im neuen Irak eruiert und ihre Entwicklung in den letzten zehn Dekaden näher betrachtet würde. Wie bereits beschrieben, sind die Gründung einer zweiten Kammer und die Stärkung der Selbstverwaltung der Provinzen sowohl im Irak als auch in der ARK wesentliche aktuelle Themen. Dass die Menschen im Irak und in der ARK mit dem Status quo nicht zufrieden sind, ist mit den zunehmenden Demonstrationen der letzten Jahre und dem vermehrten Boykott von Wahlen offensichtlich.

